



NOTUNTERKÜNFTE IN HAMBURG (1946), VERTRIEBENE (1946)\*, SPENDENAUFUF: Eine gigantische Völkerwanderung aus dem Osten war

# DER ZWEITE LANGE MARSCH

*Mit beispiellosem Aufwand nahm Nachkriegsdeutschland zwölf Millionen Landsleute aus dem Osten auf. Über 100 Milliarden Mark kostete der Kraftakt, dennoch trugen die Vertriebenen die Hauptlast. Für die meisten von ihnen war es ein jahrzehntelanger harter Kampf gegen Not und sozialen Abstieg.*

Hamburg lag in Trümmern, und durch die verwüsteten Straßen irrten wie überall in Deutschland Flüchtlingsmassen – Zehntausende ohne Heimat, ohne Hoffnung, ohne Orientierung im neuen zu Hause.

Das galt freilich nicht für den jungen Mann, der zielstrebig durch die Menge radelte, oft anhielt und sich Notizen machte. Gerhard Falk, 23, war ein Versprengter wie die anderen, auf der Flucht vor den Russen in die Stadt an der Elbe verschlagen. Aber er schien – als einer von wenigen – schon einen Ausweg zu wissen.

Halb Deutschland taumelte damals am Abgrund und wusste dabei nicht mal genau, wo der lag. Eine gigantische Völkerwanderung aus dem Osten war im Westen angekommen, jedoch noch lange nicht am Ziel. Das brachte den Neu-Hamburger auf eine Idee: „Stadtpläne werden gewünscht.“

Und da man die auch in voll gestopften Straßenbahnen nutzen sollte, mussten sie schmal zu falten sein. Falk ging ans Werk. Noch 1946 wurde die erste Hamburg-Auf-

\* Bei der Ankunft in Bebra.

lage (50 000 Faltpäne) produziert – sie war im Nu verkauft und der Erfinder damit fast schon ein gemachter Mann.

Er war ein Glückspilz – und seiner Zeit ebenso weit voraus wie vielen seiner Landsleute. Denen wies er nicht nur als Kartograf die Richtung: Das ganze Land machte sich bald an den Wiederaufstieg – ein Beginn bei null.

Der Schriftsteller und Ostpreußenflüchtling Siegfried Lenz lernte erst einmal, dass am besten überlebt, wer schnellstens seinen Besitz als „sehr vergänglich und verrutschbar“ begreift. Das wurde gerade eine



BPK (L.): NATIONAL ARCHIVES (R.)

angekommen, doch noch nicht am Ziel

Massenerfahrung, ebenso die Lenz-Einsicht, „dass man nach Möglichkeit sehr disziplinell leben sollte“.

Alles schien disponibel. Ein Land wurde vollständig umgekrempelt. 25 Jahre dauerte die Rückeroberung der Normalität, jedenfalls nach amtlicher Lesart. 1969 wurde in Bonn das Bundesvertriebenenministerium aufgelöst und damit die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Zuwanderer für bewältigt erklärt.

Dahinter stand eine große Solidarleistung, die freilich in späteren Bonner Sonntagsreden zum Mythos erhoben wurde. Dagegen steht, dass sich die meisten der Vertriebenen erst noch auf einen zweiten langen Marsch machen mussten; der war voller Widerstände, Demütigung und Verzicht.

In den westlichen Zonen lebten nun pro Quadratkilometer weit über 200 Menschen statt wie vor dem Krieg 160. Für Städter

**„Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für das die Geschichte fürchterliche Vergeltung fordern wird.“**

aus dem Osten war in Städten des Westens schon angesichts des bombenbedingten Fehlbestands von 4,3 Millionen Wohnungen kein Platz. So mussten sie sich mehrheitlich auf dem Dorf durchschlagen, was wiederum Heerscharen vom Land ein Unterkommen in gewohntem Milieu verbaute.

Das Resultat war der komplette Existenzbruch für ein halbes Volk. Zwei Drittel der vor dem Krieg noch selbständigen Ostler hatten zwischen 1945 und 1950 den Erwerbszweig zu wechseln, bei den Agrarbeschäftigten waren es sogar 87 Prozent. Unter den vertriebenen Berufstätigen mussten nun doppelt so viele wie vor dem Krieg als Arbeiter schuften.

Ihren Beitrag zum viel zitierten deutschen Wirtschaftswunder haben sie auch abgeleistet. Als die Industrie steil aufstieg und als ab 1950 binnen fünf Jahren aus einer Arbeitslosenrate von 11 Prozent Vollbeschäftigung wurde, bannte das Heer der Flüchtlinge den frühzeitigen Arbeitskräftemangel.



PULFEL / INTERFOTO

Ganze Handwerkerpopulationen aus Schlesien oder dem Sudetenland etablierten sich mit Fleiß und altem Wissen wieder am Markt. Die Schmuckmacher aus Gabeln (Nordböhmen) arbeiten in Neugablonz (Allgäu) immer noch. Bis heute halten Nachfahren der 194 Sudetenfamilien, die nach dem Krieg zwischen Rhein und Eifel 25 Glasfabriken gründeten, als Produzenten „böhmischer Glaskunst“ die Stellung.

Überall haben die hungrigen Neubürger Schwung in die Boom-Gesellschaft gebracht. Karrieren ähnlich der des Kartografen Falk wurden bald geläufig. Rastlose Workaholics rotierten mit einer Aufbauwut, als hätten sie „wie eine Kerze an beiden Enden gebrannt“ (so die „Zeit“ 1978 über den mit 56 Jahren gestorbenen Falk).

Sie stampften, kaum sesshaft geworden, Vorzeigemarken des neuen Aufschwungs aus dem Boden. Ohne die Integration der Vertriebenen wäre ein Wirtschaftswunder solchen Ausmaßes nie möglich gewesen – da sind sich die Ökonomen einig.

Welch ein Vorhaben. Fast 10 Millionen zusätzliche Deutsche nahm allein die Bundesrepublik bis 1970 auf und assimilierte sie, regelte

schwere Verteilungskonflikte und brachte die selbst noch nach heutigen Maßstäben horrende Summe von über 100 Milliarden Mark für Eingliederungshilfen auf. Eine Erfolgsgeschichte par excellence und für viele „das eigentliche Wunder unserer Nachkriegsgeschichte“, wie es 1979 der Bonner Innenstaatssekretär Siegfried Fröhlich formulierte.

Zur gleichen Zeit musste Ostdeutschland eine relativ noch grö-

ßere Zuwanderungswelle verkraften. Fast 4,5 Millionen aus Ostpreußen, Pommern oder Schlesien machten auf dem Gebiet der späteren DDR Halt. Hunderttausende von ihnen zogen zwar bald in die westlichen Besatzungszonen weiter, doch die Integrationslast drückte schwer genug auf den ostdeutschen Staat.

Not schärfte wie in der Bundesrepublik die Abwehrreflexe der alteingesessenen Bevölkerung; für die waren die neuen Nachbarn, „was heute die Asylanten sind“, erinnerte sich der DDR-Dramatiker Heiner Müller, der mit seinem Bühnenstück „Die Umsiedlerin“ für Furore gesorgt hatte.

Sowjetkontrolleure und deutsche Planburekraten mochten allerdings nicht ein-



**VERTRIEBENENLAGER BEI HANNOVER (1947):** Der „homo barackensis“ muckte auf

OTTO UMBEHR / BPK

mal eine Debatte über Integrationsverweigerung dulden. Peinlich waren Besatzungsstellen darauf bedacht, eine Diskriminierung Zugereister zu unterbinden, Wirtschaftsplaner beeilten sich, durch Bodenreform und arbeitsintensive Industrialisierung genügend Platz im Produktionsprozess zu schaffen.

Sozialistische Brüderlichkeit war Chefsache in der DDR, denn „die Stimmung der Altbevölkerung verändert sich, wenn ihr der Umsiedler nicht mehr als ständig fordernder Habenichts entgegentritt“, hatte die von Walter Ulbricht selbst geleitete „Umsiedlerkommission“ der SED erkannt.

Der Empfang für die Fremdlinge aus den Ostgebieten war auch im Westen alles andere als herzlich. Das zeichnete sich schon vor Kriegsschluss ab. Das Ende ihres Regimes vor Augen, machten sich die Nazi-Einpeitscher keine Mühe mehr, für Zusammenhalt des eben noch beschworenen Germanentums zu werben. Joseph Goebbels schien von der elenden Invasion vertriebener Ostsiedler und Volksdeutscher geradezu angewidert: „Was da unter der Marke deutsch in das Reich hineinströmt, ist nicht gerade erheiternd“, schrieb der Chefpropagandist in sein Tagebuch.

Das Volk muss es ähnlich gesehen haben, jedenfalls wurden die Ankömmlinge überall als „lästige Zugabe zum verlorenen Krieg“ angesehen, als hergelaufenes Gesindel und „Polacken“ attackiert, manchmal auch tötlich.

Im Zeichen strenger Lebensmittelrationierung und verwüsteter Wohnungen war unter Einheimischen Solidarität ein rares Gut. Außerdem prallten im Deutschland des Kriegsendes zwei Elendsfronten aufeinander. Die abgebrannten Einheimischen mochten sich ungern ausmalen, dass man noch mehr verlieren kann, als sie selbst verloren hatten: Trümmersmenschen, die auf den Leichenfeldern ihrer zerbombten Stadtteile oft nur knapp davongekommen waren, fehlte der Sinn für fremde Klage. Lieder über Heimatverlust, Erfrierungstod oder Panzerketten, wie sie über Menschen und Wagen hinweggalten.

Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Geschick der Vertriebenen wirkte verletzend. Für den Nationalsozialismus und seine Verbrechen hatten die Deutschen insgesamt zu büßen, doch die aus dem Osten wurden um ein Vielfaches härter bestraft als der große Rest.

Das Potsdamer Abkommen, das im Spätsommer 1945 die bisherige Willkür bei den Vertreibungen durch Reglementierungen ersetzte, half den Verjagten nicht wirklich: Sie kamen auch weiterhin entwurzelt im Westen an.

Viele hatten kaum mehr bei sich als die weißen Armbänder mit dem „N“ (für „Němci“ = Deutsche), mit denen die Vertreiber sie über die tschechische Grenze gezwungen hatten. Im Westen bestätigte sich ihnen an jedem Tag auf der Straße, was das „Neue Deutschland“ 1946 schrieb: dass „die Hauptlast privaten materiellen

Verlustes sehr einseitig und zufällig“ verteilt worden war – zu ihren Lasten.

Die aus Westpreußen geflohene Kleinfamilie Steinbach zwang man zwar nicht wie Bekannte aus der Heimat, „in Schweineställen, durch die noch die Gülle floß“, Wohnsitz zu nehmen. Aber der Bauer, der um Milch für das kranke Kleinkind gebeten wurde, „gab nichts, nicht mal einen hal-

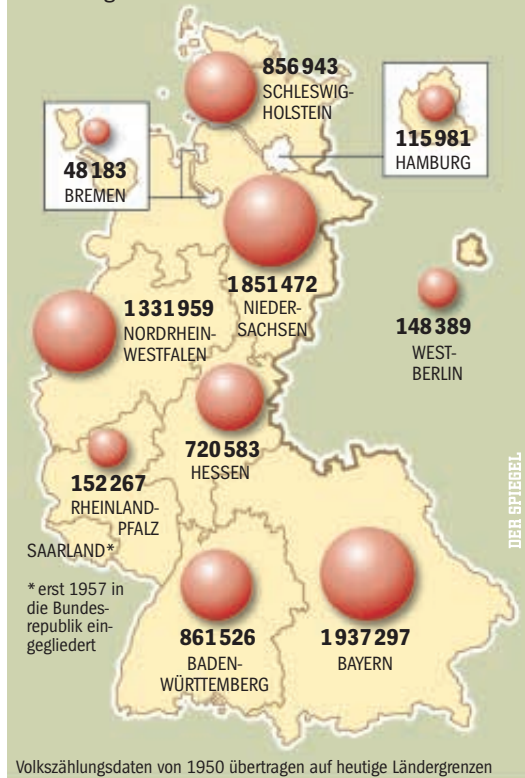
**NEUBAUSIEDLUNG FÜR VERTRIEBENE (1950):** Auf einmal war alles möglich



AKG

## Neue Heimat Bundesrepublik

Flüchtlinge und Vertriebene 1950



ben Liter“. So erzählt es Erika Steinbach (Jahrgang 1943), heute Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV).

Wohnraum für die neuen Nachbarn rückten viele Einheimische oft nur per amtlicher Beschlagnahme heraus, Nahrungsmittel im Tausch gegen die letzten Wertaschen. Mehr als ein Eimer Wasser als Tagesration war oft nicht übrig, beim Dorfschulmeister des münsterländischen Rödinghausen mussten die Einquartierten sich zum Verlassen des Hauses jedes Mal abmelden.

Flüchtlinge als Landplage – sie kämen „wie die Kartoffelkäfer“, stichelte der Pfarrer im niedersächsischen Wunstorf. Vor allem das Bürgertum aus den zerstörten Städten des Ostens, das massenhaft in den Dörfern der westdeutschen Provinz untergebracht wurde, galt als Konkurrent im Kampf um knappe Nahrungsreserven und noch dazu als Fremdkörper mit anderer Mentalität.

Ostpreussische Protestanten quartierten sich in katholischen Hochburgen ein, katholische Zuzügler aus Schlesien brachten in manchen Landstrichen Bayerns oder Westfalens die angestammten konfessionellen Mehrheiten ins Kippen. Das schuf Konfliktherde. Denn es war auch ein Zusammenprall unterschiedlicher Kulturen, und die Ostler kamen gleich immer in riesigen Scharen.

Hunderttausende mussten ihre ersten Westjahre in provisorischen Unterkünften

verbringen. Humanitäre Organisationen beklagten „wilde Flüchtlingslager an den Stadträndern“. 1945 gab es die Notunterkünfte immer noch. „Knoblauch-Dorf“ oder „Weihrauchsiedlung“ hänselten Einheimische die ihnen aufgezwungenen Neubürger, und die hielten dagegen. In der westfälischen Landgemeinde Heek (3700 Einwohner, davon gut ein Viertel Einquartierte) verloren Ostler die Geduld. Einen Schlesier machte der Schinken- und Käsekonsum seines Hauswirts wütend: „So leben Nazis. Ich kann meinen Kindern kaum eine trockene Kartoffel bieten.“ Und der Leiter des Wohnungsamtes von Heek wurde nach einem Disput mit Vertriebenen „mit einem Aktenlocher am Kopf verletzt“, wie eine Chronik beschreibt.

In der Massenunterkunft von Dachau gab es eine regelrechte Lagerrevolte. „Klassenkämpferischen Geist“ machten Beobachter in den Notunterkünften aus. „Wenn die Ordnung zerfällt“, jammerte die um die Ruhe der besseren Kreise

**„Es gibt mehr Deutsche in Deutschland, als für die künftige Ruhe in Europa gut wäre.“**

besorgte „Frankfurter Allgemeine“ („FAZ“) noch 1952, „entsteht die Brutstätte des Nihilismus.“

Der „homo barackensis“ („FAZ“) muckte auf, und der Kleinkrieg unter Nachkriegsdeutschen rief schließlich sogar die Alliierten auf den Plan. Der Stress mit den Einwanderern fördere „ein bedeutendes Unmutpotenzial“, vermerkte ein Memorandum der britischen Militärregierung. Ohne einschneidende Verbesserungen werde „Deutschland zu einem unbequemen Partner der westlichen Gemeinschaft“.



**KANZLER ADENAUER (M.), VERTRIEBENENPOLITIKER\***  
*Schlaues Erfolgsrezept*

Das befürchteten wohl auch die Militärverantwortlichen der US-Zone, die den Einheimischen sogar per Reglement „empfindliche Strafen für Diskriminierung oder Agitation gegen Neuankömmlinge“ androhten. US-General Lucius D. Clay persönlich vergatterte die versammelten Ministerpräsidenten der deutschen Länder zur Wachsamkeit.

Als die Deportationszüge aus dem Osten an-

kamen, wie es das Potsdamer Abkommen sanktioniert hatte, zeigte sich auch außerhalb Deutschlands die Öffentlichkeit schockiert. Es gab zwar vereinzelt hässliche Genugtuung über den „Katzenjammer nach Hitler“ („New York Herald Tribune“), doch bald überwog bei Presse und Politikern im westlichen Ausland das Unbehagen an dem „namenlosen Elend“ („Neue Zürcher Zeitung“), das da heranzollte.

Im Londoner Unterhaus sprach der Labour-Abgeordnete A. E. Davies lange über die „große Tragödie“ der Kinder und alten Leute, die er beim Besuch eines Aufnahmelagers an der niedersächsischen Zonengrenze gesehen hatte. Die „New York Times“ beschrieb die Umstände der Vertreibung beklommen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für das die Geschichte eine furchterliche Vergeltung fordern wird“.

Die Militärverwaltungen sahen im deutschen Nachkriegschaos vor allem einen möglichen Explosionsherd entstehen. Um Protestpotenzial abzubauen, gab es alliierte Vorsichtsmaßnahmen gegen die räumliche, kulturelle und politische Bildung von „Zellen“. Der Zensur- und Umerziehungsapparat der Alliierten bremste die Thematisierung oder gar Dramatisierung des Flüchtlingsproblems.

In einer Untersuchung zur Filmpropaganda nach dem Krieg beschrieb die Historikerin Sylvia Schraut den „Wunschflüchtling“ der Militärs: Der sah sich nicht als Angehöriger einer Minorität, kritisierte niemals die Besatzer, sondern zeigte statt Nationalstolz Aufbauwille – „er machte keinen Ärger und glaubte nicht an die Rückkehr in die alte Heimat“.

Besonders argwöhnisch beobachteten die Militärs Ansätze politischer Regungen unter den Vertriebenen. Alles, was nach Zusammenschluss aussah, wurde gestoppt – sogar Selbsthilfeorganisationen

\* Theodor Oberländer (l.), Linus Kather auf einer Kundgebung in Bad Godesberg 1958.

wie die „Südostdeutsche Hilfsstelle“. Es herrschte absolutes Koalitionsverbot.

Der „Flüchtlingsplan“, den die Siegermächte USA und Großbritannien gemeinsam mit Stalin 1945 in Kraft gesetzt hatten, sollte die räumliche Ballung Unzufriedener zerstreuen, so gut wie möglich. Er sah vor, binnen eines halben Jahres in Deutschland 6,7 Millionen Menschen auf die jeweiligen Zonen zu verteilen. Sollten die Ortsansässigen ruhig etwas zusammenrücken. Aber bei diesen 6,7 Millionen blieb es ja nicht. Unablässig strömten Flüchtlinge aus den Vertreibungsgebieten und der Sowjetzone westwärts – es sollte fast ein Fünftel der bundesrepublikanischen Wohnbevölkerung werden.

1949 sahen die Alliierten ihren Irrtum ein. „Es gibt mehr Deutsche in Deutschland, als für die künftige Ruhe in Euro-

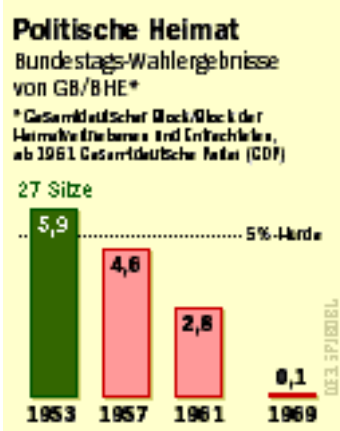
**Kaum ein Politiker, der nicht dem von Verbandsoberen lautstark eingeforderten „Recht auf Heimat“ zugestimmt hätte.**

pa gut wäre“, erkannte General Brian Robertson, Chef der englischen Militärregierung.

Die geplante Verteilung erwies sich deshalb als Fehlkonstruktion. Frankreich, das erst später zu den Siegermächten gestoßen und bei der Potsdamer Konferenz noch nicht präsent war, hatte sich bislang herausgehalten. Die französische Zone in Südwestdeutschland nahm vorerst überhaupt keine Neuzugänge auf.

Die konzentrierten sich somit auf das Territorium der Amerikaner und Briten – besonders betroffen: Niedersachsen, Schleswig-Holstein und vor allem Bayern, dessen Bevölkerungszahl 1946 um zwei Millionen über der Vorkriegsmarke lag. 764 Bahntransporte mit 786 000 Vertriebenen kamen allein aus der Tschechoslowakei; säuerlich wurden die Sudetendeutschen als „vierter Stamm Bayerns“ vermerkt.

Da gab es groteske Fälle von Überfremdung. In einem Dörfchen wie Holzhausen am Starnberger See bekamen die 561 Angestammten ungebeten Zuzug von 824 Vertriebenen und Evakuierten. Zwei Drittel der zwei Millionen Neubayern aus dem Osten landeten in Orten unter 4000 Einwohnern, wo die Unterschiede in Mentalität, Dialekt und Lebensweisen hart aufeinander prallten.



Zwangsläufig entstanden überall Brennpunkte, an denen – so beobachtete die Autorin Elisabeth Pfeil („Der Flüchtling“) – „alles in Bewegung geraten war, Menschen, Güter, Vorstellungen, Werte“.

Mühsam versuchten es die überforderten Behörden mit Zuzugssperren, Zwangseinweisung und Berufsquotierung, doch die Mängel ließen sich nicht verwalten, und die Opfer litten. Im überfüllten Schleswig-Holstein (Vertriebenenanteil 1950: 33 Prozent) drohten Flüchtlinge gar an, von neuem mit Ross und Wagen zwecks Landnahme in anderen Teilen der Republik auf die Fahrt zu gehen. Zehntausende seien marschbereit, meldete die „Vertriebenen-Korrespondenz“ und rief den Politikern eindringlich „das Treckgespenst“ in Erinnerung.

So war eine der ersten wichtigen Regelungen der gerade gegründeten Bundesrepublik eine „Verordnung über die Umsiedlung von Heimatvertriebenen“. Erst jetzt war es möglich, den Flüchtlingen Wohnsitze in Landesteilen mit genügend Aufnahmefähigkeit und Arbeitsplätzen anzubieten.

Ein weiterer Massenexodus begann – diesmal freiwillig. 400 000 verließen binnen kurzem Schleswig-Holstein, 350 000 Niedersachsen, 265 000 Bayern. Zwischen 1949 und 1960 hat auf diese Weise jeder Vertriebene seinen Wohnsitz innerhalb des Bundesgebiets einmal verlagert, rechnete das Bonner Innenministerium vor.

Mit Gründung des Bonner Staates nahm die Politik sich ihrer Problembürger endlich mit der erforderlichen Energie an. In Gang kam nun eine Sozialmaschine, wie sie das Land noch nicht erlebt hatte. Auf einmal war alles möglich, und eine Art Füllhorn ergoss sich über die stauenden Opfer: Hausrats- und Vermögensentschädigungen, Ausbildungshilfe und Arbeitsplatzbeschaffung, Aufbaumittel und Wohndarlehen.

Perfektionistisch bauten jetzt Parlamentarier und Ministeriale am Fundament für den späteren Sozialstandort Deutschland. Ein imposanter Probelauf: Dem Soforthilfegesetz vom August 1949 folgte das Flüchtlingssiedlungsgesetz, später das Bundesvertriebenengesetz.

Kernstück war das Lastenausgleichsgesetz (LAG), das zum ersten Mal die besonderen Opfer der Vertriebenen gesetzlich anerkannte: Die Präambel des LAG sicherte den „Anspruch der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile“ auf Eingliederungshilfe und Ausgleich ihrer Lasten. „Aus

bloßen Fürsorgeempfängern waren rechtlich Gleichgestellte geworden“, resümiert der Historiker Erik Franzen.

Den „Lastenausgleichsfonds“ speiste eine Vermögensabgabe, die über 30 Jahre lang und mit beträchtlichem Effekt den besitzenden Bundesdeutschen abgezackt wurde. Von den rund 100 Milliarden Mark, die im Lauf der Zeit insgesamt aus öffentlichen Mitteln an Vertriebene und Flüchtlinge geflossen sind, stammen nahezu 80 Milliarden aus dem



KUNDGEBUNG VON VERTRIEBENEN IN BONN (1970)\*,

Lastenausgleich. Freilich: Rentenleistungen (je nach Berechnung bis zu 48 Milliarden Mark) sowie Zuschüsse für Investitionen und Wohnungsbau (750 000 Neubaeinheiten wurden finanziert) belasteten das Hilfsbudget derart, dass für reine Entschädigungszahlungen nur 23 Milliarden übrig blieben.

Die meisten Anspruchsberechtigten erhielten kaum mehr als Kleckerbeträge, die oft auch noch in Raten gestückt wurden. „Für ein verlorenes Haus“, klagte ein Landwirt seinem Verbandsblatt, „kann man nicht mal einen Bauplatz kaufen, und für den Verlust eines Waldes erhält man allenfalls den Wert eines Baumes als Entschädigung.“

Direkter politischer Einfluss auf die Integration war den Flüchtlingen, da das Koalitionsverbot der Alliierten galt, bis zur

\* Mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß am Rednerpult.

Republikgründung 1949 verwehrt. Da erst durften Vertriebene Parteien bilden, doch die meisten politisch Ambitionierten hatten sich längst den großen Parteien angeschlossen.

Bedeutendste Flüchtlingspartei wurde der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Der reüssierte vor allem bei Landtagswahlen – etwa 1950 in Schleswig-Holstein mit 23,4 Prozent der Wählerstimmen, kam aber auch 1953 bei der Wahl zum zweiten Bundestag auf

dernten „Recht auf Heimat“ zugestimmt hätte.

Das konnte in den östlichen Nachbarländern leicht als Revanchismus verstanden werden – und wurde es auch. Vertriebenenorganisationen zeigten rechtslastiges Profil, und ehemalige Nazi-Größen nisteten sich gelegentlich in Verbandsvorständen ein. Etwa der Christdemokrat Hans Krüger, der wegen NS-Vergangenheit sein Amt als Vertriebenenminister im Kabinett Erhard verlor

als Wähler bei der Stange – ein schlaues Erfolgsrezept, das in der Frühphase der Republik schon von Konrad Adenauer erprobt worden war. Der hatte den „sozialen Sprengstoff der Vertriebenen durch ihre Integration in eine folkloristische Subkultur und durch das Versprechen eines ‚Rechts auf Heimat‘ entschärft“, beschrieb 1973 eine Streitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung.

So waren die Organisierten (zeitweise 4,5 Millionen) politisch mobilisierbar –



**SUDETENDEUTSCHE IN TRACHT:** Folklore und sozialer Sprengstoff

5,9 Stimmenprozente sowie zwei Ministeressel im Kabinett Adenauer.

Die BHE-Klientel fand sich vorzugsweise am ganz rechten Wählerrand, denn auch die alten Nazis fühlten sich nun entrechtet. Die Partei scheiterte gleichwohl bei der Bundestagswahl 1957 an der Fünf-Prozent-Hürde und verabschiedete sich dann nach und nach auch von der Landesebene. Die Wählerschaft habe sich „nach ihrer Eingliederung den saturierten Kreisen“ zugewandt, entdeckte Gründungsmitglied Hans-Adolf Asbach mit Verbitterung.

Wirksamer verschafften sich die Vertriebenen ohnedies mit der organisierten Kraft ihrer Landsmannschaften und Verbände Luft. Was auf all den Sudetentreffen und -tagen der Heimat gefordert wurde, geriet so angesichts Millionen potenzieller Adressaten zu politischem Sprengstoff. Kaum ein Politiker, der nicht dem von Verbandsoberen lautstark eingefor-

und bis zum Sturz 1964 seine „heimatpolitischen Anliegen“ auch als BdV-Präsident vertreten hatte.

Politiker aller Parteien besetzten Verbandsposten, gelegentlich sogar die Spitze, wie die sozialdemokratischen BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch oder Reinhold Rehs. Doch hielten sich Linke und Liberale den militant auftretenden Landsmannschaften („Schlesien bleibt unser“) eher fern. Als Bundeskanzler Willy Brandt am Ende des Kalten Krieges den historischen Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten suchte, witterten Verbandsrepräsentanten schnöde „Verzichtspolitik“. Danach galt allein die Union als Partner – und vor allem die CSU, die sich auf farbenfrohen Pfingsttreffen mit Tiraden gegen die sozialliberale Ostpolitik anbierte.

Diese Rhetorik hielt die Vertriebenenverbände andererseits ins System eingebunden und ihre Mitglieder gleichzeitig

etwa gegen die jahrelang zwischen den Parteien umkämpfte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Die Verbrechen, die an den Flüchtlingen verübt wurden, galten in den siebziger und achtziger Jahren primär als Reflexe auf Hitler-Deutschlands Verbrechen. Darüber aber immer wieder von den Landsleuten belehrt zu werden, die das Kriegsende ein paar hundert Kilometer westlich von der Roten Armee überdauert hatten, empfanden die entwurzelten Ostdeutschen als ungerecht.

„Auf ihren Seelen ist lange Zeit herumgetrampelt worden“, beharrt BdV-Präsidentin Erika Steinbach, die im Januar 1945 auf einem beschädigten Schiff von Gdingen nach Schleswig-Holstein flüchtete. Die Schlüsselleistung zur gegliückten Eingliederungsgeschichte kam nach ihrer Einschätzung von den Vertriebenen selbst – nach allem, was sie erlebt hatten, „ein Riesenkraftakt“.

CHRISTIAN HABBE